

Organisation
Ärztlicher Bereitschaftsdienst
ab 01.04.2024 in Bremen

Der Vorstand, 03.04.2024

Agenda

Rechtlicher und politischer Handlungsraum

Organisationsstruktur

Vergütungs- und Finanzierungsregelungen

Erwartung BSG-Urteil ab Anfang 2023

Sozialversicherungspflicht im zahnärztlichen Bereitschaftsdienst

- Diskussion im Vorfeld auf Bundes-/Landesebene, da Urteil sich abzeichnete seit Anfang 2023
- Erste Information der Gremien ab Frühjahr 2023
 - Ausblick: Auswirkung auf ÄBD/Poolärzte möglich
- Inhaltlichen Festlegungen erst mit Urteilsverkündung denkbar (Handlungsrahmen fehlt)
- politische Lobbyarbeit KBV und KVen gegen mögliches Urteil auf Bundes-/Landesebene

BSG-Urteil vom 24.10.2023

Sozialversicherungspflicht im zahnärztlichen Bereitschaftsdienst



Bundessozialgericht
Pressestelle
Graf-Bernadotte-Platz 5, 34119 Kassel
Telefon: +49 (0)561 3107 460
Telefax: +49 (0)561 3107 474
E-Mail: pressestelle@bsg.bund.de
Internet: www.bundessozialgericht.de

Kassel, den 25. Oktober 2023

**Terminbericht Nummer 43/23
(zur Terminvorschau Nummer 43/23)**

Der 12. Senat des Bundessozialgerichts berichtet über seine Sitzung vom 24. Oktober 2023 in Angelegenheiten des Versicherungs- und Beitragsrechts.

3) **11.45 Uhr**
B 12 R 9/21 R

H. K. ./J. Deutsche Rentenversicherung Bund
beigeladen: Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

Verfahrensgang:
Sozialgericht Stuttgart, S 7 BA 108/20, 08.09.2020
Landessozialgericht Baden-Württemberg, L 11 BA 3136/20, 20.07.2021

Die Revision des Klägers ist erfolgreich gewesen. In seiner Tätigkeit für die beigeladene Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg im Rahmen des vertragszahnärztlichen Notdienstes unterlag der Kläger aufgrund Beschäftigung der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung.



BSG-Urteil vom 24.10.2023

Sozialversicherungspflicht im zahnärztlichen Bereitschaftsdienst „Notbremse“ in BaWü, Niedersachsen und im Saarland



PRAXIS PATIENTEN PRESSE ÜBER UNS **MITGLIEDERPORTAL**

Wie können wir Ihnen helfen?

Sie befinden sich hier: [Start](#) > [KVBW](#)

24. Oktober 2023

BSG-Urteil führt zu Einschränkungen im Ärztlichen Bereitschaftsdienst



Foto: III

Das Bundessozialgericht (BSG) hat heute entschieden, dass ein Zahnarzt, der als sogenannter „Pool-Arzt“ im Notfalldienst der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg tätig ist, aufgrund dieser Beschäftigung der Sozialversicherungspflicht unterliegt. Diese Entscheidung hat auch weitreichende Auswirkungen auf den ärztlichen Bereitschaftsdienst der KVBW. Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-

Württemberg (KVBW) reagiert darauf mit einem ab sofort wirksamen Notfallmaßnahmenplan.



[Über uns](#) [Mitglieder](#)

• PRESSEMITTEILUNG

Pressemitteilungen

Einschränkungen im kassenärztlichen Bereitschaftsdienst

Durch BSG-Urteil: „Die Sicherstellung der ambulanten Notfallversorgung ist in Gefahr!“

Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) hat heute in Hannover darauf aufmerksam gemacht, dass es aktuell zu erheblichen Einschränkungen im kassenärztlichen Bereitschaftsdienst kommen kann.

Grund ist ein Urteil des Bundessozialgerichts vom 24. Oktober zur Frage der Sozialversicherungspflicht von sogenannten Poolärzten im Bereitschaftsdienst – also Ärztinnen und Ärzten ohne Kassenzulassung. In einem spezifischen Fall eines Zahnarztes in Baden-Württemberg hat das Gericht entschieden, dass keine selbständige Tätigkeit vorlag, sondern ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Obwohl diese Entscheidung nicht direkt auf die rund 160 in Niedersachsen tätigen „Poolärzte“ im kassenärztlichen Bereitschaftsdienst übertragen werden kann, bleibt die Möglichkeit, dass die Deutsche Rentenversicherung diese Tätigkeit als nicht selbstständig und damit als sozialversicherungspflichtig einstufen



tagesschau

Eilmeldung



Startseite > Inland > Regional > Saarland > Saarland: Mehreren ärztlichen Bereitschaftspraxen im Saarland droht Schließung



Saarland

Mehreren ärztlichen Bereitschaftspraxen im Saarland droht Schließung

Stand: 25.10.2023 13:49 Uhr

Wer krank ist und nicht auf die Sprechzeiten des Hausarztes warten kann, könnte es künftig schwerer haben, einen Arzt zu finden. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts warnt die Kassenärztliche Vereinigung vor einem Kollaps des Bereitschaftsdienstes.

BSG-Urteil vom 24.10.2023

Sozialversicherungspflicht im (zahn)ärztlichen Bereitschaftsdienst

Sachstand November 2023:

interne und externe Klärung der juristischen Detailauslegung in Bezug auf Aufbau, Personal, Organisation, Struktur und Vergütung der ÄBD in Bremen und Bremerhaven

- Anpassungen noch für das 1. Quartal 2024 erforderlich?
- Anpassungsbedarf ab dem 2. Quartal 2024 ff. ?
- Anpassungsbedarf nur bzgl. Poolärzte oder auch der Vertragsärzte?

Die KV HB wird unmittelbar nach Abschluss der juristischen Klärung die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen mit ihren Bereitschaftsdienstkommissionen bewerten und danach ihre Vertreterversammlung befassen.

BSG-Urteil vom 24.10.2023

Sozialversicherungspflicht im zahnärztlichen Bereitschaftsdienst

VV-Beschluss vom 25.11.2023 – Kern:

Hinweis BSG: spezifischer Einzelfall, der nicht zwangsläufig landes- oder bundesweit Konsequenzen habe.

Juristische Einschätzung vom 22.11.2023:

- nicht abschließend beurteilbar, ob und inwieweit Auswirkungen auf Poolärzte in Bremen.
- Urteil & Entscheidungsgründe des BSG müssen im Wortlaut vorliegen.

Zur Sicherstellung der Versorgung durch den ÄBD im Land Bremen wird beschlossen, den Einsatz der Poolärztinnen und Poolärzte in der bisherigen Weise bis zum 31.03.2024 fortzuführen.

BSG-Urteil vom 24.10.2023

Sozialversicherungspflicht im zahnärztlichen Bereitschaftsdienst

05.02.2024 – schriftliches Urteil mit Begründung liegt vor

- Komplexe Betroffenheiten festzustellen:
 - Sozialversicherungsrecht
 - Vertragsarztrecht
 - Arbeitsrecht
 - Arbeitnehmerüberlassungs-G
 - gesellschaftsrechtliche Fragen
 - Haftungs- und Strafrechtliche Aspekte
 - Wirtschaftlichkeit
 - Organisation
 - Wirkung auf Poolärzte und Mitglieder KV zu klären

BSG-Urteil vom 24.10.2023

Sozialversicherungspflicht im zahnärztlichen Bereitschaftsdienst

05.02.2024 – schriftliches Urteil mit Begründung liegt vor

- KBV/KVen Diskussion & Bewertung
 - Verstärkung politischer Lobbyarbeit BMAuS, BMG, Regierungen & Politik auf Bundes- und Landesebene
- Bewertung Urteil intern Verwaltung KVHB, Beratung Kanzlei Arbeitsrecht & Revisionsverband
- Erörterung mit Gremien (Hauptausschuss, VV, B-Kommission, beratende Fachausschüsse etc.)
- Erstellung und Bewertung Handlungsoptionen

Handlungsoptionen

- **Modell 1** Rückkehr zum Apothekenmodell (nicht sozialversicherungspflichtig)

- **Modell 2** Anstellungsmodell (sozialversicherungspflichtig)
 - a. Eigenanstellung durch KV Bremen
 - b. Arbeitnehmerüberlassung durch Agentur

- **Modell 3** Konkretisierung des bisherigen Modells des ärztlichen Notdienstes der KV Bremen unter Berücksichtigung des BSG – Urteils (nicht sozialversicherungspflichtig)

Handlungsoptionen

Bewertungskriterien

1. Sozialversicherungspflicht?
2. Unverzüglich umsetzbar?
3. Beteiligung Poolärzte?
4. Aufrechterhaltung bisherige(s) Standorte/Personal?
5. Aus dem aktuellen Haushalt der KV Bremen finanzierbar?
6. Stabilität des Modells bzgl. der Planungen zur „Notfallreform“?
7. Stabilität des Modells hinsichtlich Statusfeststellungsverfahren bei der DRV?



















Handlungsoptionen

Apothekenmodell

Anstellung

Fortsetzung

Bewertungsskala

Modell	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Sozialversicherungspflicht?	Nein	Ja	Nein
Unverzüglich umsetzbar?			
Beteiligung Poolärzte?			
Aufrechterhaltung bisherige(s) Standorte/Personal?			
Aus dem aktuellen Haushalt der KV Bremen finanzierbar?			
Stabilität des Modells bzgl. der Planungen zur „Notfallreform“?			
Stabilität des Modells hinsichtlich DRV- Statusfeststellungsverfahren?			

Agenda

Rechtlicher und politischer Handlungsraum

Organisationsstruktur

Vergütungs- und Finanzierungsregelungen

Ausgestaltungs-Zielsetzungen an KVHB von

- Selbstverwaltung
- Bereitschaftsdienstkommission
- Vorstand



- Zentrale Struktur der Notdienststandorte erhalten



- Serviceangebote & -zeiten möglichst unverändert



- Einsatz von Poolärzten soll weiterhin möglich sein



- Kein Apotheken-Modell



- Kein Beschäftigungs-/Anstellungsmodell

Ausgestaltungs-Rahmen

- rechtlich vorgegeben
- juristisch dringend empfohlen



- „Klarstellung“ Selbstständigkeit der Ärzte/Ärztinnen



- keine Stunden-/Grundpauschalen



- Vergütung „EBM“



- Unternehmerisches Risiko



- Trennung fachliche/administrative Weisungsbefugnis



- sofortige Umsetzung (Tag nach Vorlage schriftl. Urteil)



- maßgebliche Mitbestimmung Unternehmensgeshick

Ausgestaltung

Modell 3 → umfangliche, aufeinander aufbauende Anpassungen

- Aktualisierung:
 - Bereitschaftsdienstordnung
 - Durchführungsbestimmungen
 - Vereinbarung zur Teilnahme am Notdienst

- Neu:
 - Anlage 2 – GOP
 - Anlage 3 – Aufwendungsersatz-Dienstleistung

Ausgestaltung

Konkretisierungen im Kern

- leistungsgerechte Vergütung nach einheitlichen Fallpauschalen
- Entfall der Grundpauschalen
- Dienstleistungsverpflichtung der KVHB
- Einführung vom einheitlichen, jedoch Dienstarten- und fallbezogenen Aufwendungsersatz
- Vereinheitlichung der Durchführungsbestimmungen, Notdienstplanerstellung
- gleiche Kriterien für Vertragsärzte und Nichtvertragsärzte
- Abschluss Kooperationsvereinbarung durch Nichtvertragsärzte

Agenda

Rechtlicher und politischer Handlungsraum

Organisationsstruktur

Finanzierungsregelungen

Honorierungsübersicht

Fallpauschalen

Alle Notdienstzentralen	ab 1.4.2024
Fallpauschalen pro Fall	
Fahrdienst tagsüber	150,00 €
Fahrdienst nachts	185,00 €
Behandlung	54,50 €
Telefon tagsüber	29,60 €
Telefon nachts	39,60 €
Feiertagszuschläge pro Fall	
Fahrdienst tagsüber, nachts	15,00 €
Behandlung	6,00 €
Telefon tagsüber, nachts	5,40 €

Aufwendungsersatz

(zzgl. MwSt.) Auszug:



Anlage 3 „Aufwendungsersatz der Dienstleistungsverpflichtung“ zu den Durchführungsbestimmungen der Notdienstordnung

Allgemeiner Notdienst Bremen-Mitte

Wochentag	Dienst	Aufwendungsersatz
Montag	ZD2 19-00 Uhr	200,48 €
Dienstag	ZD2 19-00 Uhr	200,48 €
Mittwoch	ZD2 15-19 Uhr	167,04 €
Mittwoch	ZD2 19-00 Uhr	200,48 €
Donnerstag	ZD2 19-00 Uhr	200,48 €
Freitag	ZD2 19-00 Uhr	100,24 €
Samstag	ZD2 08-13 Uhr	198,36 €
Samstag	ZD3 10-15 Uhr	198,36 €

Aufwendungsersatz

(zzgl. MwSt. – exkl. Räumlichkeiten)

Aufwendungsersatz/ Dienststart	Behandlungsdienst	Telefondienst	Fahrdienst	Kombidienst
Personal	s. Anlage 3 der Durchführungs- bestimmung	/	/	s. Anlage 3 der Durchführungs- bestimmung
Räumlichkeiten	4,00 € / Std.	/	/	4,00 € / Std.
Technische Ausstattung	1,50 € / Std	2,50 € / Std.	0,50 € / Std.	2,50 € / Std.
Fuhrpark	/	/	5,00 € / Std.	5,00 € / Std.
Med. Geräte	0,50 € / Fall	/	/	0,50 € / Fall
Praxisbedarf	0,50 € / Fall	/	/	0,50 € / Fall